Februar 2012

8. Ausgabe

Unsere Stadt

Kommunistische Zeitung für Freiburg

In dieser Ausgabe:

- Wohnungspolitik in Freiburg
- Internationaler Frauenkampftag
- Rolle des Verfassungsschutzes
- 40 Jahre Berufsverbote in der BRD
- Naziaufmarsch in Dresden blockieren
- Reformpolitik in Kuba
- Verbot von Naziorganisationen

Die wohnungspolitische Geisterfahrt geht auch 2012 weiter:

Trotz Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen befördert die Stadt Freiburg erneut Wohnungsprivatisierungen

Dass die Mieten in Freiburg immer unbezahlbarer werden, ist keine Neuigkeit, recht neu aber sind die Lippenbekenntnisse von allen Seiten. „Na klar, die steigenden Mieten in Freiburg nehmen wir total ernst!“ Alle finden das Thema inzwischen super wichtig. Und selbst die Freiburger Grünen, die noch 2006 sämtliche städtischen Wohnungen privatisieren wollten, und nur per Bürgerentscheid daran gehindert werden konnten, führen sich als Freunde der MieterInnen auf, indem sie auf Neubauten der Stadtbau – in sehr überschaubarer Menge – verweisen. Oder wie etwa die grüne Freiburger Bundestagsabgeordnete Kerstin Andrae medienwirksam das Verrottenlassen von Mietwohnungen durch die GAGFAH – zurecht – kritisierte.

Taten sagen mehr als Worte.

Die tatsächliche Grundrichtung grün-schwarzer Wohnungspolitik in Freiburg ist leider eine andere und keinesfalls mieterfreundlich. Das Bürgervotum von 2006, das Stadt und Stadtbau den Verkauf von Wohnungen untersagte, wurde 2011 von der Gemeinderatsmehrheit aufgehoben, um sog. Streubesitz privatisieren zu können. Zum Jahreswechsel ist ein neuer Konflikt entbrannt.

Drohende Verdrängung von MieterInnen...

Zwischen Stefan-Meier-Str., Rennweg und Sautierstr. will die GAGFAH etwa 140 Wohnungen zu Geld machen und an die „SüdWERT Wohnungsprivatisierungsgesellschaft mbH“ verkaufen. Das Geschäft der SüdWERT besteht darin, bisherige Mietwohnungsbestände zu erwerben und diese aufgehübscht als Eigentumswohnungen weiter zu verkaufen. Abermals sollen Mietwohnungen wegfallen, obwohl daran in Freiburg sowieso Mangel herrscht. Die MieterInnen, die sich den Kauf ihres Heimes nicht leisten können, müssen sich in der Regel eine andere Bleibe suchen.

…möglich gemacht durch Salomon und Neideck

Die eigentliche Brisanz erhält der Vorgang dadurch, dass die GAGFAH-Gebäude auf Erbbaugrundstücken stehen, die der Stadt Freiburg gehören. Der Plan der SüdWERT geht nur auf, wenn die Stadt ihr die Grundstücke verkauft. Und genau das hat die Stadt vor. Anstatt im Interesse der Freiburger Mieter zu handeln und etwa die Wohnungen der GAGFAH selbst zu erwerben oder zumindest den BAUVEREIN zu unterstützen, der diese als Genossenschaftseigentum auch ohne die Grundstücke übernehmen möchte, entscheidet sich die Stadt für die mieterfeindlichste Variante. Mit dem verantwortungslosen Festhalten des Finanzbürgermeisters Neideck (CDU) („Stadt verkauft an Südwert“, BZ vom 12.1.2012) an der Verkaufsabsicht wird abermals das Profitinteresse höher gewertet, als das Bemühen, dringend benötigten bezahlbaren Mietwohnraum zu erhalten und auszubauen.

DKP Freiburg

Inge Kaufmann lebt nicht mehr

Am 13. Januar 2012 ist sie im Alter von 90 Jahren in ihrem Haus in Freiburg gestorben. Wir trauern um unsere Genossin, die eine herausragende Persönlichkeit in Freiburgs antifaschistischer und demokratischer Bewegung war. Inge hat sich von Jugend an für eine Gesellschaft ohne Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung, für Sozialismus eingesetzt und gegen neofaschistisches Wiederaufleben gekämpft. Als Zeitzeugin ist sie, solange sie das noch konnte, in Schulen und auf Podiumsveranstaltungen aufgetreten.

Inge Kaufmann hat zusammen mit anderen die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) 1947 in Freiburg gegründet und deutliche Spuren des Erinnerns an die dunkelste Geschichte Deutschlands in Freiburg hinterlassen. Beispielhaft seien das Mahnmal

an die Opfer der ehemaligen Kreispflegeanstalt in der Eschholzstraße und die als Buch erschienene Dokumentation „Freiburg 1933-1945“ genannt. Sie war wie ihr Mann Hans Kaufmann viele Jahre Mitglied der DKP und hat viele von uns maßgeblich geprägt.

DKP Freiburg

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Zu Beginn des neuen Jahres erscheint nun die achte Ausgabe der kommunistischen Zeitung „Unsere Stadt“. Wir sind gespannt auf ein hoffentlich revolutionäres Jahr 2012 und wünschen unseren LeserInnen für dieses Jahr alles Gute.

Seit unserer letzten Ausgabe ist im Bereich des Neofaschismus viel passiert. Im November 2011 erreichte Deutschland die nun unverdrängbare Tatsache, welche Gefahr die Neonazis in Deutschland darstellen. Mit dem Bekanntwerden des „Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)“ (der von den Medien auch als Zwickauer Terrorzelle bezeichnet wird), dessen Mitglieder für zahlreiche Morde an Migranten veranwortlich sind, wurde dies deutlich vor Augen geführt. Wir fordern daher in der aktuellen Ausgabe das Verbot aller Naziorganisationen, berichten über den Naziaufmarsch im Februar in Dresden und setzten uns mit der Beziehung zwischen Nazis und Verfassungsschutz auseinander.

Außerdem beschäftigen wir uns mit den Plänen unserer Stadt Freiburg, bezahlbare Mietwohnungen zu privatisieren, was für viele Bewohner dieser Mietwohnungen bedeuten wird, dass sie ihr Zuhause verlassen werden müssen. Und es erwarten euch weitere lesenswerte Artikel in dieser Ausgabe.

• • •

Die Redaktion freut sich wie immer über inhaltliche Rückmeldungen, aber wir freuen uns natürlich auch über die Spenden, die in den vergangenen Monaten eingegangen sind. Ein herzliches Dankeschön allen SpenderInnen! Zur regelmäßigen Herausgabe der „Unsere Stadt“ sind wir auch zukünftig auf Eure Unterstützung angewiesen (Kontoverbindung auf der letzten Seite).

Eure Redaktion
www.unsere-stadt.tk

Das Grundgesetz durchsetzen, alle Naziorganisationen verbieten!

Obwohl laut Grundgesetz Artikel 139 faschistische Organisationen und Parteien verboten sind, wurden seit Bestehen der Bundesrepublik immer jene verfolgt, die die Ausführung des 1949 beschlossenen Grundgesetzes einforderten. Das war so beim Verbot der KPD im Jahr 1956 oder dem sog. Radikalenerlass des Jahres 1972. Extrem rechte Organisationen hingegen ließ man gewähren. So konnte sich - von Staatsseite unbehelligt - auch die NPD entwickeln, die heute einen Kristallisationskern für den Neofaschismus in Deutschland bildet und mit rechten Gewalttätern zusammenarbeitet. Ralf Wohlleben, ehemals stellvertretender Landesvorsitzender und Pressesprecher der NPD Thüringen sowie Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Jena, wurde unlängst verhaftet, weil er den Naziterroristen des sog. „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) eine Schusswaffe samt Munition besorgt und sie finanziell unterstützt haben soll. Im Rahmen der Parteienfinanzierung bekommt die NPD Steuergelder für Wählerstimmen. Aber nicht nur das. Inzwischen wird immer klarer, in welch großem Ausmaß (laut SPIEGEL mehr als 130) Nazis als „V-Männer“ Gelder von den sogenannten „Verfassungsschutz“-Ämtern bekommen haben. Auf diesem Weg hat der Staat die faschistische Hetze der NPD mitfinanziert. Hingegen war ein besonderer Verfolgungseifer gegenüber rechten Straftaten, selbst wenn die Täter bekannt waren, nicht erkennbar. Nicht zuletzt stellen die V-Leute - so das Bundesverfassungsgericht 2003 - das zentrale Hindernis für ein Verbot der NPD dar - oder wie es der ehemalige NPD-Chef Udo Voigt erfreut formulierte - „ein[en] gute[n] Schutz vor einem möglichen Verbotsversuch“.

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

Deshalb umgehend: Nazi-Förderung beenden! V-Leute abschalten! NPD verbieten!

Info: www.npd-verbot-jetzt.de

DKP Freiburg

Nazis in Dresden blockieren - Aller guten Dinge sind drei!

Seit 1998 marschieren jährlich Faschisten aus dem gesamten Bundesgebiet und europäischem Ausland, anlässlich der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 durch die sächsische Landeshauptstadt.

Diese Bombardierung durch die Alliierten wird von den Nazis als eines der schlimmsten Verbrechen im 2. Weltkrieg dargestellt. Die Angriffe der Alliierten auf Deutschland betiteln die Faschisten als „Bombenholocaust“ und stellen Dresden damit als unschuldige Stadt dar. Damit wird die Kriegsschuld Deutschlands relativiert und die Verbrechen während der NS-Zeit, vor allem die systematische Ermordung von Millionen Menschen, geleugnet.

Der jährliche Aufmarsch und die im tausender Bereich liegenden Teilnehmerzahlen der Faschisten bieten ihnen nicht nur die Möglichkeit ihre neofaschistische Ideologie zu festigen und sich zu vernetzen, sondern auch die Bürger Dresdens durch ihr revisionistisches Weltbild emotional auf ihre Seite zu ziehen.

Erstmals konnten die Faschisten in den Jahren 2010 und 2011 daran gehindert werden, in Dresden mit ihrer menschenverachtenden Propaganda und Geschichtsverdrehung aufzumarschieren. Das bundesweite antifaschistische Bündnis „No Pasarán!“ und das lokale Bündnis „Nazifrei - Dresden stellt sich quer“ aus verschiedenen antifaschistischen Gruppen, Verbänden und Gewerkschaften organisierten Massenblockaden und brachten zwischen zehn- und zwanzigtausend Menschen aus verschiedenen Spektren gemeinsam auf die Straße. Auch dieses Jahr wollen wir erneut den Naziaufmarsch verhindern und an diese Erfolge anknüpfen.

Den größten Skandal lieferte im letzten Jahr die Dresdner Polizei, die während des gesamten Tages rechtswidrig Funkzellen abfragte und Millionen Datensätze sowohl der Demonstranten, als auch unbeteiligter Bürger sammelte. Doch damit nicht genug. Weiterhin versucht die staatliche Repression AntifaschistInnen im Vorfeld der Blockaden 2012 einzuschüchtern. Die eigens gegründete Soko 19/02 begeht bundesweit Hausdurchsuchen, lädt zu DNA-Entnahmen, führt politische Strafverfahren und belästigte Busunternehmen. Schon im Jahr 2010 und 2011 gab es im Vorfeld und am Tag der Aktionen unverhältnismäßige Razzien. In verschiedenen Parteibüros und Linken Zentren wurden unter anderem Computer, Speichermedien und Plakate beschlagnahmt, sowie die Grundrechte der Anwesenden auf das erheblichste verletzt. Davon lassen wir uns nicht unter Druck setzen. Wir rufen zur Solidarität mit denen auf, die sich auch dieses Jahr dem Naziaufmarsch entgegenstellen.

Es werden wieder Reisebusse aus Freiburg nach Dresden fahren, um an den Massenblockaden zur Verhinderung des Aufmarsches teilzunehmen.

Infos zu Veranstaltungen und Ticketerwerb unter:
http://bus.blogsport.de/

Antifaschistische Linke Freiburg

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv

Unter diesem Titel ist unlängst Band 18 der vom Laika Verlag herausgegebenen „Bibliothek des Widerstands“ erschienen. Verschiedene Beiträge behandeln auf 232 Seiten die Geschichte der „AKW-Protestbewegung von Wyhl bis Brokdorf“, die in Band 19 fortgeschrieben wird. Im zugegeben recht stolzen Preis von 29,90 Euro sind neben dem spannenden Buch zwei DVDs mit vier Dokumentarfilmen zum Thema enthalten, darunter „S'Weschpenäscht – Die Chronik von Wyhl 1972 bis 1982“ der Medienwerkstatt Freiburg.

Bestens vorbereitet

In Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke nach den klinischen und logistischen Kapazitäten im Falle eines atomaren Unfalls in Deutschland hat die Bundesregierung mitgeteilt, in deutschen Strahlenschutzzentren werden derzeit 120 Betten für verstrahlte Personen bereit gehalten. Die Vorsorge für den Katastrophenschutz liege bei den Ländern, der Bundesregierung lägen daher keine weiteren Informationen vor.

Super-Gau: Ein Jahr danach

Derweil jährt sich in Kürze die Atomreaktorkatastrophe im japanischen Fukushima, bei der Anfang März 2011 große Mengen radioaktiver Strahlung freigesetzt wurden. Über 100.000 Menschen mussten evakuiert werden. Die gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung werden erst in Zukunft absehbar sein, die Entsorgungsarbeiten jedenfalls dauern voraussichtlich noch Jahrzehnte und werden unzählige Mrd. japanischer Steuergelder verschlingen. Wie üblich, Gewinne werden privat eingestrichen, die Kosten aber auf die Allgemeinheit abgewälzt. Wir bleiben dabei: Alle Atomkraftwerke abschalten, sofort!

DKP Freiburg

Unter Geiern: Warum die Symbiose von Geheimdiensten und faschistischen Banden im Kapitalismus kein Skandal ist, sondern ein Sachzwang

Das Bundesamt für Verfassungsschutz steht mal wieder im Fokus der Kritik. Jahrelang flossen staatliche Gelder an faschistische Terroristen. Die Waffen der Mörder wurden von Steuergeldern bezahlt. Dennoch werden die bundesdeutschen Geheimdienste auch diese „Affäre“ aussitzen. Denn in der öffentlichen Wahrnehmung gelten die aktuellen Ereignisse nicht als Akte des Staatsterrorismus, die sie ohne jeden Zweifel sind, sondern als Ausnahmen, als individuelle Verfehlungen. Schlimmer noch, es wird gar das Interesse der Behörden an lückenloser Aufklärung unterstellt. In Wahrheit sind die nun bekannt gewordenen Verbindungen kein Zufall. Das Zusammenspiel von Geheimdiensten kapitalistischer Staaten und faschistischen Organisationen ist kein neues Phänomen, sondern lediglich die autoritärste Variante der präventiven Aufstandsbekämpfung. Aus dem gemeinsamen Ziel der Verteidigung der hiesigen Besitzverhältnisse, aus dem gemeinsamen Kampfinteresse gegen die Kräfte, die diese Verhältnisse ändern wollen, also den Linken, nährt sich das todbringende Bündnis. Die Ermordung von Imbissbudenbesitzern stellt selbstverständlich kein staatliches Interesse dar, ist aber der kalt in Kauf genommene Preis für eine Verbindung, welche unter dem Deckmantel der „Extremismusbekämpfung“ in Wahrheit Tag für Tag neu hergestellt wird. Das NPD-Verbotsverfahren scheiterte bereits daran, dass kaum mehr unterschieden werden konnte, wer hier eigentlich wen unterwanderte. Nazis und Schlapphüte waren derart in Personalunion verbunden, dass alle pseudoantifaschistischen Initiativen des Verfassungsschutzes bereits als Realsatire abgehakt werden können. Die Geschichte der Geheimdienste in der BRD könnte offenkundiger kaum sein. Bereits die „Organisation Gehlen“, Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes, erhielt ihren Namen von einem Organisator des „Unternehmens Barbarossa“, also des Überfalls auf die Sowjetunion 1941. Über die Stay-Behind Organisation „Gladio“, einer europaweiten staatsterroristischen, antikommunistisch-paramilitärischen Organisation, die faschistische Banden gezielt in ihren Apparat integrierte, bis hin zur Gegenwart, zieht sich der braune Faden des Terrors durch die Geschichte der staatlichen Geheimbehörden. Ein Überblick über diese Geschichte und eine Analyse über die Gründe und die Zusammenhänge derselben, soll der heutige Abend vermitteln.

Der Referent ist Mitglied des Sprecherrates der DKP Freiburg und seit frühester Jugend in der Antifa-Bewegung verwurzelt.

23.02.2012, 20.00 Uhr, Jos Fritz Café Freiburg

Antifaschistische Linke Freiburg

Am 8. März ist internationaler Frauenkampftag

Der Frauenkampftag fand erstmals am 19. März 1911 in Österreich, Deutschland, Dänemark, der Schweiz und in den USA statt. Millionen von Frauen beteiligten sich damals an den verschiedenen Aktionen. Beschlossen wurde er auf der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen. Angestoßen wurde diese Initiative von der deutschen Sozialistin und Frauenrechtlerin Clara Zetkin. Zentrale Forderung war damals das Wahlrecht für Frauen. Der 19. März wurde gewählt um die revolutionäre Ausrichtung des Tages zu unterstreichen, da der 18. März der Gedenktag für die Gefallenen in Berlin während der Revolution von 1848 war. Auch in den darauf folgenden Jahren fand der internationale Frauentag statt, und es beteiligten sich weltweit weiterhin Millionen Frauen daran. Erst im Jahr 1921 wurde der internationale Frauentag dann von der II. Kommunistischen Frauenkonferenz auf den 8. März verlegt. Damit sollte an den Textilarbeiterinnen-Streik in Petersburg erinnert werden, der auf andere Sektoren übergriff und eine große Arbeiterinnendemonstration auslöste. Diese Kämpfe fanden anlässlich des Frauentages am 8. März 1917 statt und lösten den Beginn der „Februarrevolution“ aus. Die Forderungen der Frauen waren damals unter anderem Kampf gegen den imperialistischen Krieg, sowie Wahl- und Stimmrecht für Frauen, Arbeitsschutzgesetze, ausreichender Mutter- und Kinderschutz, der Achtstundentag, gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung und Festsetzung von Mindestlöhnen. Auch heute noch, nach nunmehr über 100 Jahren nach dem ersten Kampftag 1911 gibt es noch jede Menge Gründe dafür, gegen Patriarchat und Sexismus auf die Straße zu gehen: Vielfach bekommen Frauen schlechtere Löhne als ihre männlichen Kollegen. So verdienen Frauen nach wie vor bis zu 23% weniger als Männer. Sexuelle Ausbeutung und Gewalt sind nach wie vor an der Tagesordnung, Frauen werden vielfach diskriminiert und benachteiligt. Weltweit leben Frauen in patriarchalen Herrschaftsverhältnissen und sind mit Unterdrückung und Ausbeutung konfrontiert. Mehrheitlich Frauen und Mädchen sind Opfer von Armut und Gewalt, wobei laut WHO Statistik 2001 global gesehen Gewalt die Haupttodesursache für Frauen ist, noch vor Krebs, HIV und Herzinfarkt.

In Freiburg und auch in allen anderen Städten werden auch dieses Jahr am 8. März wieder Aktionen zum internationalen Frauenkampftag stattfinden. Beteiligt euch und kämpft gemeinsam für die Emanzipation und für die Soziale Revolution.

Antifaschistische Linke Freiburg

Terminkalender

Sa 18. Februar 2012

Dresden
Blockade des Naziaufmarsches
Busse aus Freiburg
Infoveranstaltungen zu Dresden:
06.02. | 19:30 h | Strandcafé
08.02. | 20 h | Uni Hörsaal 1199

Do 23. Februar 2012

Unter Geiern - Veranstaltung zur Rolle des Verfassungssschutzes
20 h | Jos Fritz Cafe | Freiburg

Di 06. März 2012

Reformpolitik in Kuba – was verändert sich und wohin?
DKP-Veranstaltung
20 h | DGB-Haus | Hebelstr. 10 | FR

Mitgliederversammlungen der DKP-Freiburg

Di 07.02.2012
Di 21.02.2012
Di 20.03.2012
Di 03.04.2012
Di 17.04.2012
jeweils 20:00 Uhr
Linksbüro, Greiffeneggring 2

ABC der Schulden- & Finanzkrise

Das ist der Titel einer kürzlich erschienen Broschüre (40 Seiten A4, 4,00€ + Versand) des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (isw) in München.

Die Autoren schreiben in ihrer Einleitung: „Es zeigt sich, dass der Kapitalismus keine Lösungen für die von ihm produzierten Probleme hat. Nichts bewies dies mehr als der „EU-Gipfel“ im Dezember 2011.“ Mit ihrer Erläuterung zu über 70 der meistgebrauchten und wichtigsten Stichworte der Schulden- und Finanzkrise, wollen sie ein Hilfsmittel an die Hand geben, um die Zusammenhänge besser zu verstehen und das von den Herrschenden geplante Katastrophenprogramm – Verarmung der Völker, Zusammenbrechen von Staaten, Abbau der Demokratie – bekämpfen zu können.

Info: www.isw-muenchen.de

DKP Freiburg

ANTIFASCHISTISCHE LINKE ★ FREIBURG

Die ALFR (Antifaschistische Linke Freiburg) ist in unserer Stadt und der Region Südbaden aktiv gegen faschistische Umtriebe. Sie mobilisiert regional und bundesweit auf linke Demonstrationen und kämpft in Theorie und Praxis für eine Welt jenseits von Faschismus, Hunger und Krieg. Bei den regelmäßigen Veranstaltungen kann man mehr über die Gruppe erfahren.

www.antifaschistische-linke.de

DKP

Die DKP, das ist die Deutsche Kommunistische Partei. GenossInnen der DKP kämpfen gemeinsam mit anderen Menschen z.B. in den Gewerkschaften und in der Friedensbewegung für konkrete Verbesserungen und grundlegende Veränderungen .
Die DKP-Ortsgruppe Freiburg trifft sich jeden 1. und 3. Dienstag im Monat. Interessierte sind herzlich willkommen.

www.dkp.de
www.dkp-freiburg.de

SDAJ

Die SDAJ, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, ist eine Selbstorganisation von Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden, jungen Arbeiterinnen und Arbeitern, Studentinnen und Studenten. Für uns ist der Sozialismus die Alternative für die wir kämpfen. Die SDAJ Freiburg trifft sich wöchentlich. Wenn Du bei uns mitmachen willst, melde dich einfach per E-Mail:
sdaj-freiburg@gmx.de
www.sdaj-netz.de
www.sdaj-freiburg.de

Impressum:

Unsere Stadt - Kommunistische Zeitung für Freiburg

wird herausgegeben von:
Antifaschistische Linke Freiburg (ALFR)
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Freiburg
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Freiburg
ViSdP: Hendrijk Guzzoni, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg

Die Redaktion erreichen Sie:
per Post:
„Unsere Stadt"
c/o Linksbüro
Greiffeneggring 2,
79098 Freiburg
per E-Mail: unserestadt@dkp-freiburg.de

Zeitung machen kostet Geld !

Deshalb sind uns Spenden für die weitere Herausgabe von „Unsere Stadt" herzlich willkommen. Überweisen Sie bitte unter dem Stichwort „Spende Unsere Stadt" auf das Konto der DKP FREIBURG
Konto-Nr.: 1020086500
BLZ: 68010111 (SEB Freiburg)

Vor 40 Jahren beschlossen: Berufsverbote

Radikalenerlass wurde es genannt - gemeint war die DKP - getroffen wurde die Demokratie

Vor 40 Jahren, am 28. Januar 1972, beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) den sogenannten „Radikalenerlass". Zur Abwehr angeblicher Verfassungsfeinde sollten „Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten", aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten bzw. entlassen werden. Etwa 3,5 Millionen Bewerberinnen und Bewerber wurden vom „Verfassungsschutz" auf ihre politische „Zuverlässigkeit" durchleuchtet. In der Folge kam es in der BRD zu 11000 offiziellen Berufsverbotsverfahren, 2200 Disziplinarverfahren, 1250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen.

„Anti-Extremismus", schon immer Waffe gegen Links

Formell richtete sich der Erlass gleichermaßen gegen sogenannte Links- und Rechtsextremisten, in der Praxis traf er vor allem Mitglieder der DKP, der damals mehrere Zehntausend Menschen angehörten, und andere Linke, aber auch Christen, Friedensbewegte etc. . Missliebige und systemkritische Organisationen und Personen wurden damit an den Rand der Legalität gerückt, die Ausübung von Grundrechten wie der Meinungs- und Organisationsfreiheit bedroht und bestraft. Und es gelang den Herrschenden teilweise wirklich ein Klima des Duckmäusertums zu schaffen. Denn das faktische Berufsverbot raubte Tausenden von engagierten Menschen, die als Lehrerinnen und Lehrer, in der Sozialarbeit, als Briefträger, Lokführer oder in der Rechtspflege tätig waren oder sich auf solche Berufe vorbereiteten und bewarben, die berufliche Perspektive und stürzte sie in schwerwiegende Existenzprobleme; mit gewünschtem Abschreckungseffekt.

Berufsverbotsdrohung bis heute wirksam

Bis weit in die 80er Jahre vergiftete die staatlich betriebene Jagd auf vermeintliche „Radikale" das politische Klima, bevor gegen Ende der 80er Jahre sozialdemokratisch geführte Landesregierungen die Konsequenz aus dem von Willy Brandt selbst eingeräumten „Irrtum" zogen und die entsprechenden Erlasse in ihren Ländern formell abschafften. Die Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen hingegen belegten noch 2004 den Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy mit Berufsverbot, weil er sich in antifaschistischen Gruppen engagiert hatte. Die Einschüchterung außerparlamentarischer Bewegungen ist also weiterhin gewollt. Erst 2007 wurde Csaszkóczys Ablehnung für den Schuldienst durch die Gerichte endgültig für unrechtmäßig erklärt.

Schluss mit der Bespitzelung

Der „Radikalenerlass" bleibt ein juristisches, politisches und menschliches Unrecht, das wiedergutgemacht werden muss, indem die diskriminierenden Urteile aufgehoben werden und die Betroffenen eine materielle Entschädigung bekommen. Der sogenannte Verfassungsschutz, der bis heute die undemokratischen Bespitzelung und Diffamierung linker Menschen betreibt, während er gleichzeitig ideologisch und personell in die neonazistische Szene verstrickt ist, gehört aufgelöst.

Info: www.berufsverbote.de

DKP Freiburg

Reformpolitik in Kuba – was verändert sich und wohin?

Anfang der 1990er Jahre war Kuba mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Osteuropa - vormals politische und wirtschaftliche Partner - so gut wie auf sich allein gestellt. Die USA verschärften ihre Blockade gegen Kuba und behindern bis heute, dass dringend benötigte Industriegüter, aber auch Medikamente etc., dorthin gelangen. Vieles kann bis heute nicht oder nur über Umwege zu überteuerten Preisen importiert werden.
Anfang der 1990er Jahre schien das Ende des sozialistischen Kubas nur noch eine Frage der Zeit.

Doch bis heute hat die kubanische Revolution keinen einzigen ihrer sozialen Grundsätze aufgegeben, Kubas solidarische Hilfe in zahllosen Ländern - etwa nach der Naturkatastrophe in Haiti - bleibt eine Selbstverständlichkeit. Die Wirtschaft konnte sich wieder erholen und der materielle Lebensstandard der Bevölkerung verbessert werden. Durch die sozialen und demokratischen Veränderungen in vielen Ländern Südamerikas ergaben sich neue Handelsmöglichkeiten für Kuba. Inzwischen wurde ein breit angelegter Diskussionsprozess in der Bevölkerung darüber begonnen, welche Veränderungen nötig sind, um den kubanischen Sozialismus auf Dauer zukunftsfähig zu machen. 2011 folgten hieraus einige wirtschaftliche Neuerungen.

Was bringen diese Veränderungen? Kann das angestrebte Ziel einer weiteren Verbesserung des Lebensstandards für die kubanische Bevölkerung erreicht werden? Welche Gefahren und neue Ungerechtigkeiten können die Reformen auf der anderen Seit mit sich bringen?
Diesen und anderen Fragen werden wir auf einer Info- und Diskussionsveranstaltung nachgehen.

Am Dienstag, den 6 März 2012, um 20 Uhr, im DGB Haus Freiburg, Hebelstraße 10.

DKP Freiburg